

# Spangenberger Zeitung

Blätter für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 127

Ergebnis wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend ins Haus, einschließlich der Beiträge je Monat 0.90 RM. frei "Der heitere Alltag", "Unterhaltungsbeilage", "Die Frau und ihre Welt" und "Brieftäger" bezogen 1.20 RM. Durch die Postanstalten Schadenerlaß geleistet.



Drabantschrift Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Seite kostet bei 48 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Die Millimeter-Anzeigen-Seite kostet bei 48 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Der Millimeterpreis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämtliche Anzeigen gelten die Bedingungen der ab 25. Nov. 1933 gültigen Preise.

Mr. 8. Anzeigennahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Vormittags.

D.A. x 500

und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Hauptleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Mr. 140

30. Jahrgang

Donnerstag, den 25. November 1937

## Weltanschauung und Religion

Reichsminister Kerrl weist den Kirchen den Weg

Im Rahmen einer großen Kundgebung der NSDAP. Kerrl vor mehr als 5000 Zuhörern in einer umfassenden, begeisterten aufgenommenen Rede über Weltanschauung und Religion im nationalsozialistischen Staat. Reichsminister Kerrl umriss in großen Zügen das geistige Aufgabengebiet seines Ressorts und wies auf die wissenschaftliche Konsistenz der Grundsätze der nationalsozialistischen Weltanschauung zum Verhältnis der Kirche und Religion, so führte er u. a. aus, seien immer aus einer menschlichen Burzel erwachsen. Vorder Aufgabe sei es, Antwort zu geben. Die Weltanschauung unserer Altvorstellungen und die gesamte abendländische Philosophie und Wissenschaft hätten immer um diese Antwort, wie kirchlich gewissenhaft handeln können, gerungen. Die alten Kirchen hätten sich leider nicht immer auf ihre religiösen Aufgaben befrüchtet, sondern immer in Gefahr gehanden, die Religion zu politischen Zwecken missbrauchen, seitdem sie in der europäischen Kirchenstaaten zu Staatskirchen geworden seien.

Reichsminister Kerrl wandte sich entschieden gegen das sogenannte Auspielen von Weltanschauung und Religion und stellte unter Hinweis auf die alleinige Gültigkeit des nationalsozialistischen Parteiprogramms folgendes fest: Der Nationalsozialismus ist eine religiöse Bewegung, die die Bindung an Gott und die göttliche Ordnung nicht durchaus anerkennt, sondern durchlebt.

### Positives Christentum

Wir halten es für eine Pflicht, den Deutschen die größte Freiheit unter allen Umständen zu gewähren. Es ist das persönliche Recht des einzelnen, sich die Religionsgemeinschaft selbst auszusuchen. Die nationalsozialistische Regierung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ein politischer Missbrauch der Religion unter allen Umständen vermieden wird. Es ist an sich nicht die Aufgabe der nationalsozialistischen Regierung, die Erhaltung von Kirchen. Das ist die Aufgabe der Gläubigen, denen es obliegt, für die Kirche zu sorgen, für die sie gehören wollen. Wenn dies auch nicht sofort durchgeführt wird, so steht es doch als Ziel fest: Staat und Bewegung denken im übrigen nicht daran, sich in den Streit der Kirchen und Bevölkerungen einzumischen. Sie vertreten vielmehr ein positives Christentum. Das Handeln des nationalsozialistischen Staates in den letzten vierzehn Jahren hat diese Grundeinstellung immer wieder bewiesen. Ich glaube, daß für jeden, der Ohren hat zu hören und Augen zu sehen, von vornherein ohne weiteres feststeht, daß im nationalsozialistischen Staat sowohl wie die nationalsozialistische Partei gar nicht daran denken, sich in irgend einem geplanten über Dogmen einzulassen.

Das Handeln des Nationalsozialismus in den vergangenen vierzehn Jahren ist nichts anderes gewesen als ein absolut positives Christentum, das einen Laub in die Tat umsetzte, die Berge zu verlegen nicht in der Lage war, sondern diese Berge tatsächlich verlegt hat. Von dem Glauben, der Berge verlegen kann, setzen wir zwar auch von den Kirchen, aber wir haben keine solchen Taten. Wie gern hätten wir gesehen, daß während des Weltkrieges ein solcher Glaube entstanden wäre, und in der Nachkriegszeit, daß ein solcher Glaube geworden wäre und unerhörte Berge der deutschen Not versezt hätte. Wir erlebten nichts davon.

Da kam der eine zu uns, der diesen Worten wieder einen unerhörten Sinn gab. Es war einer, der uns sagte: Blaupunkt an die Sendung, die Gott selbst in euch hineingelegt hat. Erkennt wirklich, daß es nicht auf Reden, sondern auf Taten ankommt, und seid gewiß, daß Gott auch auf diese Welt stelle, damit ihr als Deutsche für Deutschland sorgt. Dann werdet ihr sehen, wie das Wunder zwar nicht vom Himmel selbst herunter kommt, aber unter Glaube es erfüllen wird."

### Nur der Staat kann führen

Der Minister erklärte sodann, Lehren darüber, daß er als zuständiger Minister zu tun habe, habe er sich von jeder schärfsten Verbrennen. Man habe ihm unterstellt, er habe die Gottesohnmacht Jesu als lächerlich bezeichnet, er habe nicht daran gedacht, so etwas zu sagen. Der nationalsozialistische Staat habe trotz der ablehnenden Haltung von anderer Seite von Anfang an seinen guten Willen, mit den Konfessionen fruchtbar zusammenzuarbeiten. Mit der römisch-katholischen Kirche habe er den Konkordat abgeschlossen und in der evangelischen Kirche habe er alle Befreiungen, zu einer einheitlichen Kirche zu gelangen, durchaus unterstellt. Ungeheure Befreiungen seien an die beiden vorhandenen großen christlichen Kirchen gezahlt worden. Beide Kirchen zusammen hätten jährlich 105 Millionen, also im Dritten Reich bis zu einer halben Milliarde an Staatsleistungen erhalten.

Hinzu kämen die Kirchensteuern, die der Staat mit jährlich 200 Millionen Mark für sie eingezogen habe, so daß sie im Dritten Reich bisher fast eine Milliarde Mark erhalten hätten. Wie kommt man nun, so führte Reichsminister Kerrl fort, dazu, zu behaupten, der nationalsozialistische Staat und die nationalsozialistische Partei seien antikirchlich, antikirchlich oder antikirchlich eingestellt?"

Der Minister stellte eindeutig fest, daß der nationalsozialistische Staat sowohl wie die nationalsozialistische Partei sich mit keiner einzelnen Religionsgemeinschaft gleichsetzen. Trotz der bewiesenen übergrößen religiösen Toleranz hätten aber immer wieder Geistliche beider Konfessionen gegen den Staat geworfen. Bezeichnend seien die 7000 Strafzettel, die seit dem Jahre 1933 gegen Vertreter der Kirchen erlassen worden seien. Wenn die Religionsgemeinschaften ihrer Religion richtig gefolgt wären, dann hätten sie sehr leicht in Frieden mit dem nationalsozialistischen Staat leben können. Zu diesem Staat könne allerdings nur der Staat selbst herrschen und nur einer führen.

Zum in völliger Disziplin und Unterordnung zu folgen, sei unser aller Aufgabe. Bezeichnenderweise hätten die christlichen Freikirchen eindeutig anerkannt, daß sie niemals freier und umgehinderter das Evangelium verbreiten könnten als im Dritten Reich.

### Kirchenwahl vorerst unmöglich gemacht

Die Vertreter, die nicht machtpolitisch, sondern religiös interessiert seien, seien von Kreisen der Befreiungssfront diffamiert worden. Der nationalsozialistische Staat könne nicht mehr an einem Staatskirchentum festhalten, das, wie immer es im einzelnen geartet sei, auf dem Grundprinzip "eius regio eius religio" ruhe. Das Bestreben der nationalsozialistischen Kirchenpolitik sei vielmehr, die politisierenden Kirchen wieder in wahrhaft religiöse Gemeinschaften umzuwandeln. Der evangelischen Kirche gegenüber habe der Staat sich zuletzt durch die Einführung der Kirchenauskünfte bemüht, die vorhandenen Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Kirchenparteien zu überwinden. Die Kirchenparteien aber hätten nicht gewollt.

Der Führer habe nochmals in einem großzügigen Wahlkampf die hilfreiche Hand des Staates ausgestreckt. Daß die Wahl bis heute noch nicht habe durchgeführt werden können, sei einzig und allein die Schuld der Kirche. Eine einheitliche Richtung sei in der evangelischen Kirche nicht hergestellt. Der Staat verhalf sich deshalb in Sachen dieser Wahl abwartend, nachdem sie von den Kirchenparteien vorerst selbst abgelehnt worden sei. Bis auf weiteres bestünde sich der Staat auf die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung.

Trotz des gebärfreien Kirchenkampfes der Kirchenparteien untereinander, der bis zur Verweigerung der gottesdienstlichen Gebäude und des Grabgeläutes gegangen sei, seien den Kirchen die Körperschaftsrechte, die der Staat ihnen verliehen habe, verlassen worden. Der Staat könne es sich allerdings nicht leisten, daß Kollektivzusammlungen einzelner Kirchenparteien und ordnungswidrig gesammelt und zur staatsfeindlichen Propaganda missbraucht würden.

### Religionsunterricht wird nicht behindert

Der Religionsunterricht in den Schulen werde niemals behindert werden. Unter grohem Besatz erklärte hier der Minister: "Wir können nicht annehmen, daß die Kirche ein Recht hätte, dafür zu sorgen, daß die Menschen auf allen Gebieten so erzogen werden, wie sie es für richtig hält, sondern wir müssen es dem nationalsozialistischen Staat überlassen, die Kinder so zu erziehen, wie er es für richtig hält."

Der nationalsozialistische Staat sei, so führte der Minister weiter aus, in seiner Weise, wie gewisse ausländische Pressestimmen behauptet hätten, an der Gründung einer nationalsozialistischen Staatskirche interessiert.

Auch große Kirchengesetze bereite er, der Minister, nicht vor. "Wir wollen die Aufgabe erfüllen, die Gott uns gestellt hat und die er jedem Volke stellt. Wir wollen nur dieser Aufgabe allein dienen und wir wollen das ganze Volk in dieser Aufgabe erziehen. Ich glaube, auf diesem Wege könnten uns die Kirchen ohne weiteres folgen. Sie brauchten keine Sorge zu haben, daß wir sie hindern werden, wenn sie uns nicht hindern." Christus habe auch nicht gelehrt, gegen die nationalsozialistische Massenlehre zu kämpfen. Er habe vielmehr einen unerhörten Kampf gegen das Judentum geführt, das ihn auch deshalb ans Kreuz geschlagen habe. Nicht im geringsten widerspreche die Lehre Christi selbst dem Nationalsozialismus.

Der Minister erinnerte an seine große Rede vor der Deutschen Akademie im Jahre 1935 und schloß: "Das deutsche Volk wird sich in seinem Marsch in die Zukunft durch politisierende konfessionelle Kreise nicht aufhalten lassen!"

## Größte Schicksalsgemeinschaft

### Empfang für die ungarischen Staatsmänner

Der Reichsminister des Auswärtigen und Freies aus Neutra gab im Haus des Reichspräsidenten dem ungarischen Ministerpräsidenten von Daranyi und seinem Außenminister von Kanna ein Essen.

An diesem nahmen außer den ungarischen Gästen und ihrer Begleitung sowie dem ungarischen Gesandten von Sztojai und den Mitgliedern der Gesandtschaft der italienischen Botschaftsrechts Altico sowie der österreichischen Gesandten Tauchet teil. Von deutscher Seite waren der Einladung gefolgt: Generalsfeldmarschall von Blomberg und wie Reichsminister Graf Schwerin-Krosigk, Fried und Darrs sowie Reichsbanpräsident Dr. Schach und Generaladmiral Raeder.

### Der Trinkspruch des Reichsausßenministers

Im Laufe des Essens brachte der Reichsausßenminister einen Trinkspruch aus, in dem er die ungarischen Gäste im Namen der Reichsregierung in Deutschland willkommen hieß und sie als die Vertreter der ungarischen Nation begrüßte, mit der sich das deutsche Volk in alter und treuer Freundschaft verbunden weiß.

"Die manigfachen Bande unserer Beziehungen", so führte der Reichsausßenminister aus, "reichen bis weit in die Vergangenheit zurück. Von alters her war und ist das deutsche Volk der älteren ungarischen Nation mit ihrer ruhmvollen Vergangenheit aufrichtig zugetan. Die Erinnerung an unsere über Jahrhunderte ausgedehnten, für die europäische Kultur geführten gemeinsamen Kämpfe sowie der Glaube an unsere sehsuchtmäßige Schicksalsgemeinschaft ist in allen Schichten des deutschen Volkes lebendig. Deutschland und Ungarn haben schwere Jahre hinter sich. Jahre bitterster Prüfung und mühsamen Wiederaufbaus. Mit wärmerer Sympathie bezeichnet das im Dritten Reich geeinte deutsche Volk in alter und treuer Freundschaft verbunden ist.

Zu unserer Freundschaft werden, davon bin ich überzeugt, wir wie bisher auch in Zukunft die im Ungarn seit vielen Generationen anstehenden deutschen Siedler beitreten, die ihrem deutschen Volksstamm in alter Anhänglichkeit verbunden und doch längst treue ungarische Staatsangehörige geworden sind.

Unsere Regierungen stehen fest zusammen. Ihr unerschütterliches Vertrauen verhältnis ist eine Gewähr für unsere politische Zukunft. Unser Blick bleibt gerichtet auf die unveräußerlichen Rechte und Freiheiten unserer Länder, und damit zugleich auf das hohe Ziel eines wahren vernunftgemäßen Friedens in Europa.

### Ministerpräsident von Daranyi

dankte in seiner Erwiderung zunächst für den herzlichen Empfang, den das deutsche Volk ihm und seinen Begleitern bereitet habe. Weiter führte er dann aus: "Zwei Tage erst weilen wir auf dem gastfreundlichen Boden Deutschlands, aber, Dank der liebenswürdigen und umsichtigen Führung haben wir in dieser verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit vieles gesehen und vieles erlebt. So manigfach auch die verschiedenen Eindrücke waren, die wir in diesen Tagen gesammelt haben, in unseren Augen sind sie alle verbunden gewesen durch die aufrichtige Bewunderung, mit welcher wir das hinschreitende Lebensteama eines großen, von seinen Freiheit befreiten Volkes betrachtet und gewürdigt haben.

Deutschland ist vor langen Jahren das Land der Dichter und Denker genannt worden. In einer späteren Epoche wurde es die Heimat des technischen und materiellen Fortschrittes. Nun ist es aber zu einer großen, geschichtlich bedeutsamen Synthese gekommen, die alle lebendigen Kräfte des Volkes unter dem Banner der nationalen Ehre und sozialen Gerechtigkeit zusammenfassend zur Aufrichtung des Dritten Reiches geführt hat.

Sie haben, Herr Reichsausßenminister, die jahrhundertenalten Beziehungen unserer Länder und die deutsch-ungarische Schicksalsgemeinschaft zur Sprache gebracht und gleichzeitig auf die historisch wichtige Rolle der in Ungarn ansässigen, ihrem neuen Vaterlande treu ergebenen deutschen Siedlergenerationen hingewiesen.

Diese geschichtlichen Tatsachen sind mir wohl bekannt, und es erfüllt mich mit Stolz und Genugtuung, daß mein Vaterland durch eine alterpropte und bewährte, auf der einzigen verlässlichen Grundlage der gemeinsamen Interessen beruhende Freundschaft mit dem großen Deutschen Reich verbunden ist. Diese Freundschaft hat seit jeher dem Frieden gedient, wurde durch den Stahl- und Feuerstab des Weltkrieges nur gestärkt und — obgleich beide Völker viel Ungerechtigkeit erleidten mußten — soll sie auch weiterhin diesem friedlichen Ziele gewidmet bleiben. Im Bewußtsein unserer gerechten Sache wollen wir uns daher auch in der Zukunft für die Grundsätze des wahren und wirklichen Friedens einzegen."

# Die merkwürdigen Feststellungen in Frankreich Revolution in den Abflusskanälen

Das französische Innenministerium hat eine Verlautbarung über die Waffenfunde ausgesgeben, in der es heißt, daß eine „wahre Verschwörung gegen die republikanischen Errichtungen“ entdeckt worden sei. Die Polizei habe eine beträchtliche Anzahl militärischen Materials aufgefunden, das zum großen Teile „ausländischen Ursprungs“ sei, nämlich Waffenfabriken, Gewehre, Maschinengewehre, usw. Die Durchsuchung bei der „See- und Fliehgewehrfabrik“, deren Geschäftsführer der Agenten Deloncle sei, habe gezeigt, daß man es mit einer den Dienststellen des Heeres genau nachgebildeten paramilitärischen Geheimorganisation zu tun habe. Sie umfaßt einen Stab, vier Abteilungen, Brigaden, Regimenter, Patrouillen usw. Sie trage den deutlichen Charakter einer „Vierteljahrssorganisation“.

Die beschlagnahmten Schrifträume beweisen, daß die Schuldige die republikanische Staatsform, die französisch frei gegeben habe, durch eine Herrschaftsform der Diktatur als Vorbereitung für die Wiederherstellung der Monarchie ersehen wollten.

Diese Pläne seien genau vorbereitet worden. Man habe gefunden: Material zur Herstellung von falschen Personalausweisen, Anweisungen für die Vorbereitung von Waffen, Nachrichten über Polizeistreitkräfteverteilung in der Umgebung von Paris, Namen der Besatzungsbefehlshaber der großen Einheiten, Angaben über zahlreiche Offiziere und über das Material der Regimenter, unausgefüllte Dienstausweisformulare, die aus den Militärbüros gestohlen worden seien, eine Liste von Häusern mit doppelter Ausgang, genaue Pläne der Kanalisation von Paris, Logopläne der Wohnungen von hinsichtlichen Schriftleitern, der sozialdemokratischen Abgeordneten, das Unterschriftenbuch gewisser Minister, eine Liste von Ministern und Parlamentarier, die beim ersten Anzeichen zu verhafteten seien, Pläne über die Beschaffung der Autobusse zum Zwecke der Waffenförderung, einen Plan zu einem Handstreich gegen den bei Paris gelegenen Mont Valérien, um die dort befindlichen Waffen in die Hand zu bekommen.

Diese Vorbereitungen seien gescheitert, weil die Regierung, die das Vertrauen des Landes besaß, wachsam gewesen sei. Die republikanischen Einrichtungen hätten von den Unternehmen der Monarchie nichts zu befürchten. Die Ermittlungen hätten schon beachtliche Ergebnisse gezeigt und würden unaufhaltsam fortgesetzt. Die Schülern würden streng bestraft. Dazu benötigte man keine Ausnahmegerüste. Die republikanischen Gesetze würden genügen, um die Sicherheit des Regimes zu gewährleisten. Die Regierung sei in der Lage, jede gegen die Republik gerichtete verbrecherische Handlung zum Schelten zu bringen, und geben der französischen Demokratie ausdrücklich diese Sicherung.

Im Rahmen der polizeilichen Untersuchung wegen der Waffenfunde hat der Untersuchungsrichter neuerdings vier Haftbefehle erlassen, und zwar gegen drei Einwohner von Paris und gegen einen Fliegerunteroffizier.

Die langatmige Verlautbarung, daß es dank der Wachsamkeit der Regierung gelungen sei, die Republik zu retten, findet in einem Teil der Pariser Presse nur mit leidiges Lächeln und ironische Randbemerkungen. Das Echo de Paris fragt, mit welchen Mitteln die Republik gestützt und die Monarchie errichtet werden sollte.

Wahrscheinlich habe das durch den in der Verlautbarung angeführten genauen Plan der Pariser Abflusskanäle mit den zur Kammer und zu den Wohnungen der sozialdemokratischen Abgeordneten führenden Abzweigungen erfolgen sollen oder durch die Verwendung der Autobusse und Motorfahrt-Wagen, die in Panzerwagen umgebaut werden sollten. Alles dies scheine nicht sehr ernst. Man könne sich schwer eine monarchistische Revolution vorstellen, die in den Abflusskanälen der Stadt Paris stattfinde.

„Sind das die schmerzlichen Überraschungen, die Chautemps in der Kammer angekündigt hat?“ so fragt das Blatt. Wenn der Innenminister neuaufbaut habe, sich durch

diese Verlautbarung zu rehabilitieren, so habe er sich schwer getäuscht, denn er habe mit viel Geschick nur die Radikale vom Montmartre gebündelt. Die „Action française“ bezeichnet die Erklärungen des Innenministers als „lächerlich“.

## Deutsch-ungarische Feierstunde

20 Jahre Ungarisches Institut an der Berliner Universität. Das Ungarische Institut an der Universität Berlin kann auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß sind in der Alten Aula in Anwesenheit führender Männer des wissenschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens sowie von Vertretern des Reiches, der Partei und ihrer Gliederungen wie der Wehrmacht eine Feierstunde statt. Die Feierstunde wurde ausgerichtet durch die Anwesenheit des ungarischen Ministerpräsidenten von Daranay und des Reichsministers Rüst, die über die kulturellen Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland während der letzten Jahrzehnte sprachen.

Ein Fehler mit grobem Vorsatz aufgenommenen Reden führte der ungarische Ministerpräsident von Daranay u. a. aus: Es ist für mich eine besondere Freude, daß mein Berliner Besuch mit der heutigen 20-Jahr-Feier zusammenfällt, denn als eines der ältesten Mitglieder der Gesellschaft der Freunde des Ungarischen Instituts habe ich die kulturellen Bestrebungen des Instituts von jeher mit warmer Anteilnahme verfolgt und gefördert. Und ich rechne es mir, als eine hohe Ehre an, daß ich die Gelegenheit in der festlichen Aula der größten deutschen Universität das Wort ergreifen kann, lehre Universität, der die ungarische Kultur so viel zu verdanken hat.

Nach einem grob angelegten historischen Rückblick fuhr der Ministerpräsident fort: Den im vergangenen Jahre aus der Grundlage der Gegenfeindlichkeit abgeschlossenen Kulturratifikation betrachten wir als die höchste Sanctionierung einer historischen Entwicklung. Sie bedeutet zu gleicher Zeit die Krönung der 20jährigen Tätigkeit des ungarischen Instituts.

Reichsminister Rüst führte in seiner Rede u. a. aus: Zwei Völker nehmen an dieser Feier teil und befinden durch sie ihre lebendige kulturelle Verbundenheit. Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme im Deutschen Reich mußte sich auch das Verhältnis Deutschlands zu Ungarn neu beleben.

Die Erinnerung an die Waffenbrüderlichkeit in dem schweren Kriegskampf des Weltkrieges, das gemeinsame Schicksal nach seinem ungünstigen Ausgang und die gemeinsame Front im Kampf gegen den Bolschewismus, dessen Schreckenregiment beide Völker an ihrem eigenen Volke verprüft haben, mußte uns zusammenführen.

Nach der Besichtigung der Einrichtungen des Ungarischen Instituts an der Universität wurden die ungarischen Staatsmänner mit ihrer Begleitung von Fackelträgern der ungarischen Staatsjugend durch den Garten des Instituts nach der Gedenkstätte für die Gefallenen Ungarns im Weltkriege im Garten des Collegium Hungaricum geleitet.

Im Besuch der in Berlin lebenden ungarischen Frontkämpfer und der Mitglieder der Gesandtschaft und der Konföderate legte Ministerpräsident von Daranay einen mit den ungarischen Farben geschnürten Lorbeerstrang nieder.

Aufschließend empfingen die ungarischen Staatsmänner im Collegium Hungaricum die ungarische Kolonie.

## Ostasienkonferenz ohne Ergebnis

Unbefristete Vertragung.

Die Ostasienkonferenz in Brüssel hat ihre Schlusssitzung abgehalten, in der die angekündigte Erklärung erörtert wurde, jedoch nicht die erforderliche Einigung fand. Der chinesische Delegierte Wellington Wo erklärte dazu u. a.: Die chinesische Delegation bedauert, daß ihre auf der Konferenz vorgebrachten Anregungen hinsichtlich der Annahme gewisser positiver und konkreter Maßnahmen von der Konferenz nicht geprüft worden

„Oh, so sehr glücklich! Ich habe ihn doch geliebt, so wie ihr ihn alle geliebt habt!“

„Noch mehr, kleine Meile!“ sagte John leise.

Meile wird rot, aber dann nicht sie tapfer.

„Ja, vielleicht noch mehr, noch viel mehr!“

Hinner hat Leonie die Augen zugebrückt.

Er war an ihrem Lager, als sie starb. Noch einmal wachte sie auf und sah in das Antlitz, das sie so geliebt hatte, so unglücklich geliebt.

Sie dachte nicht an all das Bittere, was geschehen war, sie fühlte nur seine beglückende Nähe, spürte, wie er ihre Hand hielt und schlief glücklich ein.

Sie erzählte ihm nicht, daß sie mit Mac Meil gekämpft hatte, daß sie ihn an der Flucht hindern wollte und darum sein Opfer ward.

„Nein, kein Wort wurde in den letzten Minuten gesprochen, nur ihre Augen grünten sich, und Leonie schlief glücklich ein.“

Als sich Hinner aufzurichtete, sah er in das Gesicht eines gebrochenen Mannes. Oberst Whorsey hatte den schwersten Schlag des Schicksals empfangen, von dem er sich nicht wieder erholen sollte.

Am Abend des gleichen Tages läutete die Telefonglocke im Hause Bosse schrill.

Krischan Bosse, Meile, die drei Taucher und Käppen Krieger führten förmlich zusammen.

Meile stürzte ins Nebenzimmer, wo das Telefon stand.

Sie meldete sich und fuhr zusammen. Gespräch aus Neu-York! Ihr Herz schlug schneller vor Glück und Freude!

„Gespräch aus Amerika!“ rief sie laut herüber, und das Wort wirkte wie elektrisierend auf die Männer. Sie sprangen auf und ließen hinüber zu Meile.

Gespannt warteten sie.

Meile hielt den Hörer in zitternder Hand.

Endlich meldete sich eine ... ach so geliebte Stimme. Hinner war am Apparat.

„Was die weiteren Verträge einzelner Vereinigungen betrifft, so muß die chinesische Delegation ihre Verhandlungen daran ansetzen, daß ein solches neues Vertragswerk nur dann erfolgreich sein kann, wenn es bald in aktiver Weise erfolgt.“

Der italienische Graf Marescoff erinnerte daran, daß er schon zu Beginn der Konferenz zweifelhaft waren, ob vollständig ausgetragen werden würde.

Die Vertragung für durchaus gerechtfertigt und wäre sogar nicht einverstanden, sei die italienische Delegation mit ihren Argumenten, die in der Erklärung enthalten seien. Daher könne Italien der Erklärung nicht zustimmen. Lord Cranborne, de Tessa und Norman Davis haben hervor, daß es sich nur um eine ... allerdings unerwartete Unterbrechung der Konferenz handele.

## Frankösisch-englische Ausprache

Besuch französischer Staatsmänner in London. Die Londoner Blätter melden, daß der französische Ministerpräsident Chautemps und Außenminister Delbos in Kürze auf Einladung der britischen Regierung nach London kommen würden, um hier die internationale Lage zu besprechen. Die meisten Blätter vermuten, daß u. a. auch der Halifax-Besuch in Deutschland in diesen englischen Unterredungen erörtert werden sollte.

Reuter meldet aus Paris, in politischen Kreisen verlautete, daß wahrscheinlich eine Zusammenkunft zwischen Ministerpräsidenten und den Außenministern Frankreichs und Englands möglichsterweise Ende dieser Woche stattfinden werde. Aus zuverlässiger Quelle wurde berichtet, daß Eden dem französischen Botschafter Corbin und Delbos die Ankündigung übermittelt habe, daß Chautemps und Delbos in Kürze nach London kommen sollten. Wie weiter verlautete, habe der britische Botschafter in Paris Chautemps eine ähnliche Mitteilung gemacht.

Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“ meldet, Chautemps und Delbos kämen am Freitag, einer Einladung der britischen Regierung folgend, nach London, um über die außenpolitische Lage zu beraten. Das britische Kabinett werde im Laufe der nächsten Wochen Beschlüsse bezüglich der Zukunft der britischen Außenpolitik zu fassen haben.

## Belgiens Krise gelöst

Keine Verschiebung der parteipolitischen Zusammensetzung.

Dem vom belgischen König beauftragten Staatsminister Janson ist es endlich gelungen, die nun schon einen Monat dauernde Regierungskrise zu lösen und ein neues Kabinett zu bilden.

Die Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten bleibt in den Händen des Außenministers Spakal, das Ministerium für die Landesverteidigung behält Generalleutnant Denys. Die Regierung Janson ist, wie die vorhergehende Regierung von Zeeblund, eine parlamentarische Mehrheitsregierung, die sich auf die Sozialdemokraten, Katholiken und Liberalen stützt und in der die Portefeuilles unter diese verschiedenen Parteien verteilt werden. In den ersten Male seit 1884 ist die Ministerpräsidentenfamilie nicht der Katholischen Partei zugefallen. Ministerpräsident Janson gehört der Liberalen Partei an. Er ist aber nicht mehr Mitglied des Parlaments, dem er vom Jahre 1912 bis zum Jahre 1936 fast ununterbrochen angehört.

In der politischen Kräfteverteilung hat sich innerhalb der Regierung gegenüber dem Kabinett von Zeeblund nichts geändert. Die Sozialdemokraten haben ihre sechs Posten, die Katholiken ihre fünf Portefeuilles, und die Liberalen ihre drei Posten behalten.

Ministerpräsident Janson ist im Jahre 1872 geboren und hat sich sowohl als Rechtsanwalt wie als Politiker großes Ansehen erworben. Im Jahre 1920 trat er in die Regierung als Minister für die Landesverteidigung ein. Später war er in verschiedene Kabinette Justizminister. Er ist im Juni 1934 als Justizminister aus der damaligen Regierung Broqueville aus.

„Meile, liebe Meile ... bist du es?“  
„Ja, ja, Hinner, lieber Hinner, ich bin's, Meile!“  
„Hörte mich gut an, Meile! Leonie ist eben gefordert. Ich komme von ihrem Totenlager. Und das Herz hat mir wehgetan! Aber ich war vorher in einem glücklichen Hause! Bei Oberst Harris! Hörte mich gut an! Der kleine Hein, den ihr im Hause habt, der ist das entführte Kind des Obersten Harris!“

„Das ist nicht möglich, Hinner!“

„Doch, es ist die Wahrheit! Und die Eltern warten sehnsüchtig, daß es ihnen wieder zurückgegeben wird. Und ich bitte dich darum, bringe das Kind nach New York. Bring es nach Amerika. Ich erwarte dich hier. Benutze aber nicht das Schiff, sondern den Zeppelin, der seine dritte Fahrt nach Amerika morgen antritt! Rinnit dir einen Begleiter mit. Am liebsten alle Jungen. Ich fahre dann mit euch allen zurück!“

„Du kommst zu uns zurück, Hinner?“ jubelte Meile hell auf.

„Ja, liebe Meile, ich habe doch Sehnsucht nach meiner lieben Freundin Meile!“

„Ah, Hinner!“ stammelte das Mädchen, aufgelöst vor Freude. „Ja, ich komme, ich komme ... und wenn's uns auch schwer fällt ... den Eltern müssen wir das Kind zurückgeben. Willst du mit Vater sprechen? Deine Freunde sind auch hier, der Käppen auch!“

„Ja, ja, rufe sie einmal heran!“

Und mit jedem Wechselte er ein paar Worte. Eine kleine, ländliche, glückliche Schar war in dem Zimmer versammelt.

Endlich legte als letzter Jan Maat den Hörer auf.

Dann sahen sie sich an und lachten sich alle Freude vom Herzen. Hinner kam wieder!

„Aber jetzt sage uns, was hat dir Hinner gefragt?“ drängte Krischan.

Da berichtete ihm Meile das Seltsame und Wunderbare. Die Männer waren vor Staunen zunächst keines Wortes fähig. Sie schüttelten nur den Kopf.

(Fortsetzung folgt)

# WOLFGANG MARKEN Kämpfer im Meere

Ueberredetredner: Korrespondenzverlag Hans Müller, Leipzig C 1

6. Fortsetzung

„Ich muß mit ihm telefonieren!“ rief er aufgeregt und fuchtelte mit den Armen herum. „Ich muß mit meinem Hinner sprechen! Er lebt! Ach, ist das Leben wieder schön! Er lebt! Und jetzt ... wird er auch wieder zurückkommen und wieder unter Kamerad sein! Bestimmt wird er das! Herr Bosse ... ich will mit Hinner reden! Und wenn es fünfhundert Mark kostet! Lassen Sie doch einmal anfragen!“

„Gebüld, haben Sie doch Gebüld, wer weiß, wo Hinner jetzt steht! Beruhigen Sie sich! Morgen oder übermorgen können wir es einmal versuchen! Jetzt will ich erst Meile Weise sagen!“

„Nein, det nich, Vater Bosse! Lassen Sie uns mal zu Meile fahren und dann werden wir ihr das mal beibringen!“

„Nee, det muß ich sehn, wie Meile lachen wird! Aber det mit die Leonie ist doch eine sehr traurige Sache!“

„Doch werden mit einennall alle Gesichter ernst.“

„Vielleicht bleibt sie doch am Leben“, meint Gondall.

„Jedenfalls ... aus ist es aber zwischen den beiden, denn für den Hinner kommt eine Frau, die die Geliebte des Mac Meil war, nicht mehr in Frage!“

Ernst nieder die Männer und haben alle den einen Gedanken: Meile und Hinner! Das wäre ein Paar!

• • •

Meile erfuhr von den Tauchern, daß Hinner lebe.

Sie fiel nicht in Ohnmacht, sondern tat einen tiefen Atemzug und sagte glücklich: „Ich hab's ja gefühlt, daß er nicht tot ist! Ach, ich hab's gehofft, daß er wieder kommt! Mein guter Freund Hinner!“

„Bist du glücklich, Meile?“ fragte Gondall weich.

Spangenberg, den 25. November 1887.

**Hohes Alter.** Morgen, am 26. November, wird zum Jubiläum und Anlaß des Siechenhauses Andreas Hechtl, 90 Jahre alt. Trotzdem er körperlich nicht mehr auskommt, ließ er noch immer seine Heimatzeitung mit dem Interesse. Wir gratulieren dem Altersjubilar aufs alte Leben mit. Seine Bogenfest und wünschen ihm noch viele gesegneten Lebensabende.

**Großludewig.** Die Ortsgruppe Spangenberg hat für Freitag abend zu einer öffentlichen Versammlung im Schützenhaus aufgerufen. Jeder kann ankommen, der von der hohen Schule der Politik profitiert und uns allen einiges zu sagen haben wird. Es kann einmal so im neuen Deutschland, daß wir uns nicht versuchen, unsere Lage zu verbessern. Darum aber auch immer wieder notwendig, daß Männer zusammen, die uns mit den großen Aufgaben, die sich unter Hitler gestellt hat, vertraut machen. Es ist dazu zu beginnen, daß wieder mal ein Reichsredner den kleinen Hause sprechen kann.

**Stimabend.** Wie schon einmal erwähnt, wird Sonnabend die Gaufilmstelle Aachen in zwei Vorführungen mit einem Film aufwarten, der sicherlich von den Besuchern begeistert aufgenommen wird. "Weißt du nicht", heißt der Bildstreifen, der seinen Ausgang auf dem Platz vor dem Rathaus nimmt. Zwischen gestern und morgen liegt das Erlebnis einer Nacht — und Stunden, die enden, leben Bilder, die nicht verblasen werden. In Not und Angst, Sorge und Dual, Hoffnung und Verlust, Glaube, Liebe und Tod. — Noch ist Frieden, Friede, Lachen und Tanz, noch klingen die Gläser hell und klar, wenn auch schon hier und da in Rückland und — so glaubt man — durch nichts zu erkennen. Den Stunden des harten Dienstes auf dem Kriegsschauplatz freut man sich auf den Landurlaub und in Sankt Petersburg. Der junge Mädgen schmückt auf die flotten Offiziere, der Gouverneur stellt alle Bedenken beiseite und will sein mit der Jugend, glücklich im Glück seiner Tochter. So pünktlich bricht sie los, die Revolte und Menschen, die sie befehlen gewohnt waren, werden gemartert und gequält und zu weinen verlassen. — Wir machen alle Kino- und daran aufmerksam, daß ihnen ein Film voll Spannung bevorsteht und ein Gefühl nur zu spüren ist. Nächstes im Interessenteil.

**Zinn und Zweck des Leistungskampfes.** Der Leistungskampf der deutschen Betriebe, der in diesem Jahr in über 80000 Betrieben seine erste Durchführung hat, ist in allen Gauen Deutschlands in vollem Gange. Groß, Mittel- und Kleinbetriebe nehmen auch in diesem Gau an diesem betrieblich-sozialen Weltkampf teil; haben nach Maßgabe ihrer betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Betriebsangehörigen sich Ziele gesetzt, die sie im Laufe des Arbeitszeitraums in Gemeinschaftsarbeit mit Betriebsführer und Gesellschaft erreichen wollen. Die unzähligen Möglichkeiten und Maßnahmen, die ins Gewicht fallende Faktoren dieses Weltkampfes in sich bringen und zur Wertung mit herangezogen werden, dienen lediglich nur dem gleichen Ziel, nämlich der Schaffung und Steigerung der Leistungskraft der schaffenden Menschen und damit dem Betriebe selbst. Darüber hinaus erzielte auch die Nation gebietlich ihr Recht, denn will gesunde und lebensstarke Menschen ihr Eigen sein. Nicht zuletzt aber dienen alle diese Maßnahmen der Erhaltung des sozialen Friedens im Interesse aller. Vermehrung der lebensnotwendigen Güter für den Volk. Der Betrieb also, der im Leistungskampf steht, ist damit, daß er sich zu modernen betriebspolitischen Prinzipien im Sinne der planmäßigen Förderung des Leistungsprinzips bekennt und zugleich auch zu seinem Teile der Erfüllung der großen nationalpolitischen Aufgaben zuarbeiten gewillt ist. Der Weg zum Musterbetrieb aber die nationalsozialistische Arbeitspolitik in ihrer Ausprägung auf den werktäglichen Menschen, den es total zu essen und zu betreuen gilt, nicht allein um seiner selbst, sondern des Lebens unseres Volkes und seiner Wirtschaft willen. Darum ist der Leistungskampf der Betriebe nicht eine Aufgabe von höchster nationaler Bedeutung.

**Wittenrode.** Zu der großen Zahl von 5000 Personen, die um die Scheiterhaufen Dollarmillionen kämpfen, an anderthalb 100 Wittenroder Familien. Zumeist sind minderbemittelte Volksgenossen, die ihre verwandschaftlichen Beziehungen zu jenem nach Amerika ausgewanderten Christoph Schaeffer, der vorher von Wittenrode nach Amerika emigriert war, nachweisen wollen. Lange vor dem Tode und auch später noch einmal wurde von den amerikanischen Behörden nach dem Betrag kommenden Erben gefragt. Das Schreiben ließ man jedoch unbeantwortet, man „nichts Gutes“ daraus folgten. Die hiesige Sippensche Namens weist zahlreiche Abwandlungen in den Kognatennamen auf — und Nölder gebürtig. Der der schon Jahren schwedende „Dollarriegel“ dem Ende zugehen soll rütteln, die Erbberechtigten eine bevollmächtigte Person aus, die die Interessen an Ort und Stelle wahrnehmen soll. Dieser Schrift ist verständlich, haben doch die letzten vermeintlich ehrbaren Familienmitglieder die Summe von 100000 RM für sich errechnet.

**Meiningenhausen.** Auf dem Bahnhof stürzte eine Fußgängerin, in die Korbach eingekauft hatte und nun zurück, infolge der Glätte. Sie erlitt einen Oberschenkelbruch. Das Korbacher Sanitätsauto mußte die Frau später ins Krankenhaus bringen. Den Unfall verschuldeten der kurz vorausgegangene Schneefall.

**Hann. Münden.** Das Wintersemester der Fortschulischen Hochschule hat begonnen. Die Zahl der Hochschüler ist in Auswirkung der neuen Studiendisziplin erfreulicherweise wieder gestiegen; sie beträgt 75.

**Nienhof.** Der Holzhauer August Reiß aus Eiersstroß wurde beim Holzhauer von einem fürgewandten Stamm gestoßen und dabei so schwer verletzt, daß er bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb.

**Bad Nauheim.** Bei einer Treibjagd im benachbarten Obernau wurde der mit der Nachsicht beschäftigte Jagdschäfer von einem angelassenen kapitälen Kellerr angesprungen. Das Tier setzte dem Mann herab zu, daß er sich auf einen Baum retten mußte. — Als in der Gemarkung Siegenburg die Treiber durch den Wald gingen, sprang plötzlich ein Reh vor ihnen auf. Es fand keinen Ausweg und versuchte deshalb über einen der Leute hinwegzuspringen. Dabei stürzte es einem der Treiber auf den Kopf, so daß der Mann bestürzt zu Boden fiel.

## Allerlei Neuigkeiten

Der fünfte Tote geboren. In den frühen Morgenstunden des Mittwoch kommt auf der Königin-Luis-Große der fünfte Tote geboren werden. Es handelt sich um den Fördermann Peter Galuschka.

**Starter** Nebel behindert die Schiffahrt. Der Nebel, der bereits am Montagabend in der Niede Buche einsetzte, wurde am Dienstag im Laufe des Tages immer dichter und dichter. Die Flöte davon war, daß die Schiffahrt auf der Förde und auch im Nord-Ostsee-Kanal fast ganz zum Stillstand kam. Auch über der Stadt Kiel lagerte Starter Nebel und der Verkehr in den Straßen gestaltete sich daher sehr schwierig.

**Zwei Militärflugzeuge zusammengestoßen.** In Cossington (Grafschaft Surrey) prallten zwei Einziger der britischen Luftwaffe in voller Fahrt zusammen, wobei die zwei Maschinen in Flammen aufgingen. Die Insassen kamen ums Leben.

**Große Überschwemmungen auf Jamaika.** Wie aus Kingston (Jamaica) gemeldet wird, sind in den letzten Tagen schwere tropische Regenfälle über Jamaika niedergegangen, die große Überschwemmungen zur Folge hatten. Dabei sind im Westen von Jamaika 19 Personen ums Leben gekommen.

## Spende Mussolini für das W.H.W.

1000 Doppelzentner Kaffee.

Die wegen ihrer Bücher über das faschistische Italien bekannte deutsche Schriftstellerin Luise Diehl, die sich zur Zeit auf einer Studienreise durch Äthiopien befindet, ist nach italienischen Zeitungsberichten in Addis Abeba eingetroffen.

Während ihres Aufenthaltes in Harrar wurde ihr die freudige Mitteilung gemacht, daß der Duce ihr 1000 Doppelzentner Kaffee aus der Provinz Harrar für das deutsche Winterhilfswerk zur Verfügung stellte. Die Verfrachtung dieser schönen und dankenswerten Spende, die in Deutschland allgemein mit Freude aufgenommen werden wird, erfolgt in den nächsten Tagen.

## Wieder die französische Grenze verlegt

Neuer roter Luftangriff gegen offene Städte.

Nach einer Reutermeldung hat die nationalsozialistische Regierung mitgeteilt, daß 18 bolschewistische Bomber aus der Richtung von Tarbes in Frankreich die spanische Grenze überflogen und die Stadt Rioja sowie verschiedene offene Städte an der nördlichen Front mit Bomben belagert haben. Der bolschewistische Luftangriff habe unter der Zivilbevölkerung Opfer gefordert.

## Thorez bei Negrin

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Thorez, befindet sich augenblicklich in Barcelona, wo er mit dem Oberbürgermeister der spanisch-bolschewistischen Machthaber, Negrin, Verhandlungen führt. Selbstverständlich wird es sich auch hierbei wieder um die Unterstützung handeln, die dem bolschewistischen Spanien von der Kommunistischen Partei Frankreichs in Zukunft in verstärktem Maße entgegengebracht werden soll. Vorausichtlich verfügt die Kommunistische Partei schon seit langem, mit der zweiten Internationale eine gemeinsame Front zu bilden, um dem roten Spanien eine größere Hilfe angedeihen lassen zu können.

Wie in London amlich mitgeteilt wird, ist dem britischen Geschäftsträger für Sowjetspanien, Leche, der seinen Wohnsitz in Barcelona aufgeschlagen hat, der Titel eines bevollmächtigten Gesandten verliehen worden. Der diplomatische Korrespondent des "Daily Herald" will berichten können, daß er in Händen weilen britische Botschafter Clinton in Kürze aus dem Amt scheiden werde, da er die Altersgrenze erreicht habe.

## Ein treuer Spangenberger

(4. Fortsetzung.)

### in der Reformationszeit

Berücksichtigt sollen in erster Linie auch beim zweiten Legat Nachkommen aus der Manneslinie der Meckbachs (Agnatioren, schwertmägen) werden, in zweiter Linie solche von der Frauenseite (cognatioren, Spindel- oder Spillenmägen) und sollten weder mehr Nachkommen von der Mannes- noch Frauenseite im Geschlecht der Meckbachs vorkommen, dann soll der ehbarste Rat zu Spangenberg das Recht haben, "Bürgerskinder, die aber so unter den allen die geschicktesten befinden werden", für das Stipendium auszuwählen und sie damit auszustatten.

Als zweites Legat bestimmt Johann Meckbach noch einmal 400 Goldgulden für diejenigen seiner Blutsverwandten, „so zu studieren mit luf noch geschift, wollt (aber) teutsch schreiben und lesen und rechnen lernen, zu voran, wo solcher seinen Eltern gehorsam, stromm und redlich sic gehalten, auch kein volläufer noch schlemmer oder spieler wäre“. Für sie sollen 2, 3, 4 oder mehr Gulden aus dem Zinsvertrage zur Befreiung des Schulgeldes oder für Bücher gegeben werden.

700 Taler hat Johann Meckbach in einem versiegelten Kästchen dem „meister Christien Barbirer zu Cassel, meines gnädigen fürsten und herren wunderbar, zu getreuer hand“ übergeben und „ob ich vielleicht in diesem Kriege, (gemeint ist der Schmalkaldensche Krieg, der zur Gefangennahme Philipp's des Großmütigen führte) umlame, ... ist er und seine hausfrau so redlich, daß sie solches mit Leugnen werden“.

## Typhus und Blattern in Madrid

Nach Darstellungen von Nebelräubern an der Madrider Front hat sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung Madrid in erschreckendem Maße verschlechtert. Typhus, Blattern und andere Seuchen fordern unter der armen Hungers- und Kälte geschwächten Einwohnerschaft immer mehr Todesopfer.

Die Ursachen für die Ausbreitung der genannten Seuchen liegen auf der Hand. Die Lebensmittelknappheit willkt sich von Monat zu Monat stärker aus. Dazu kommt der Mangel an Bettmaterial sowie an warmer Kleidung und Decken, die primitivsten von den bolschewistischen Horden „Gefangenahme“ worden sind. Von einer geregelten Straßenreinigung ist natürlich seit langem keine Rede mehr, und die sanitären Anlagen versallen nach und nach völlig.

Unter diesen Umständen sieht die Bevölkerung dem meist sehr strengen Madrider Winter mit großer Sorge entgegen und immer stärker wird die Schnupftabak, das die nationalen Truppen die Stadt bald befreien und den Verlust der schwerpräparierten Einwohnerschaft ein Ende beenden mögen.

Auch in Barcelona scheint sich die Not und Verzweiflung immer mehr auszubreiten.

## Lodesurteil gegen alten Uraberscheich

Freischärfers vor dem britischen Kriegsgericht.

Das Militärgericht in Haifa führte als ersten Militärgerichtsprozeß eine Verhandlung gegen den ältesten der am Montag bei Jenin gefangenen vier arabischen Freischärfers durch. Der Angeklagte, der jede Schuld abstritt, war der 80jährige Scheich Farhan Saabi, der enger Freund Haussi Raufabschis, der im vorigen Jahr ein enger Freund der arabischen Freischärfers war und jetzt verbannt ist.

Die Verteidigung protestierte vergeblich gegen die zu kurz bemessene Vorbereitungszeit zur Zeugenbeschaffung, so daß nur die Anklageseite Zeugen stellte. Den Antrag der Verteidigung, angehoben des Alters von 80 Jahren, der nicht bewiesenes Schuld sowie der hohen Herkunft des Angeklagten mildernde Umstände anzuwerken, lehnte der Anklageverteidiger ab und beantragte seinerseits die Todesstrafe. Der Militärgerichtshof fügte das Todesurteil, das der Angeklagte würdevoll und vollkommen ruhig aufnahm.

Die Urteilsbestätigung liegt in Händen des höchstkommandierenden der britischen Truppen in Palästina. Eine Entscheidung ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Der Prozeß gegen die drei übrigen Gefangenen wird später durchgeführt. Während der Verhandlungen demonstrierten zahlreiche Araber vor dem Gerichtsgebäude, doch wurden die Demonstranten bald ausseinergetrieben.

## Stalin jetzt Diplomatenkrieg

Auch Litwinow-Finkelstein an der Reihe?

Der Warschauer Korrespondent des "Daily Express" will offenbar auf Gründen von Gerichten, die in der polnischen Presse aufzutreten, das baldige Ende der Herrschaft des sowjetischen Außenministers Litwinow-Finkelsteins voraus sagen können. Man glaubt jetzt, sagt das Blatt, die Stellung Litwinow-Finkelsteins sei durch die Säuberungssaktion unter den Sonderdiplomaten so erschüttert worden, daß er im Januar zurücktreten werde.

Generalstaatsanwalt Wyschniowski bereite einen Massenprozeß für jene Sowjetdiplomaten vor, die von ihren Auslandsposten abberufen und ins Gefängnis geworfen werden sollen. Drei Botschafter, zwei Gesandte und 14 Botschaftssekretäre ständen unter der Anklage anti-sowjetischer Verübung.

Authentische Nachrichten über diese Angelegenheit liegen noch nicht vor.

Amtlich wird in Moskau bekanntgegeben, daß das bisherige Mitglied des Kriegsrates im Kiewer Militärbezirk, Armeefeldkommissar Schischadensko, zum Stellvertreter des Kriegsministers des Sowjetunion ernannt worden ist. Da Schischadensko aus der Karriere der Militärtomografen kommt, liegt die Vermutung nahe, daß ihm die Leitung der politischen Verwaltung der Roten Armee übertragen werden sein könnte. Das würde bedeuten, daß der bisherige Inhaber dieses Postens, Armeefeldkommissar Smirnow, aufgelöst wäre. Smirnow ist erst vor wenigen Wochen zum Stellvertreter des Kriegsministers ernannt worden als Nachfolger des durch Selbstdemission ausgeschiedenen Gamaril. Smirnow wäre der zweite Stellvertreter Kriegsminister, der im Verlaufe von sechs Monaten verschwindet; vor ihm wurden bereits Tschatschov, Gamaril und der frühere Flottenbefehlshaber Orlow von demselben Schicksal betroffen. Jedenfalls erscheint die Ernennung Schischadensko zunächst ratselhaft.

390 Thaler oder Thalerwert, item 240 Gulden münd zu 26 abzüglich 6 goldgulden und vierzehnthalben Pfaffen, davon doctor Walter und mein gnädige Frau Margaretha von der Sala wissenschaft tragen", sind bei "Heinzen von Luther (Heinz von Lüder), amtmann zu Bygenbach."

"So habe ich jetzt bei mir 275 rheinische goldgulden, 35 Kronen, ein schiffenobel, ein Doppeldukaten, ein engelotter, einen sehr schweren rheinischen gulden — zwei goldene Ringe und 19 Thaler". An rückständiger Besoldung hat er noch anderthalb hundert Gulden zu empfangen, ebenfalls noch 100 goldgulden, die er vorgelegt hat, aus dem Umbau des Hauses, das an den Landesherrn zurückgegangen ist.

Ferner ist ihm Johann Blüches nachgelassene Witwe noch 23 Gulden und junger Hans von Schönfeld noch 5 Gulden münz schuldig.

Die Benennung oder Auswahl und Präsentation eines Studenten für ein Stipendium soll durch Meckbach erfolgen, nämlich dem ältesten und die beiden gelesenen. Sie sollen aber „nit um gunt und gebe willen“ ausmählen, sondern so, „dab sie am jüngsten Tage Gott dem almächtigen darwon anwort und rechenschaft geben“ können.

Niememand fällt aber ein Geschenk vom Himmel in den Schöss. Es müssen deshalb auch die Eltern Opfer bringen, um ihre Söhne vorwärts zu bringen und diese selbst müssen sich sauer werden lassen, wie er ja auch mit wenig Geld sich durch acht Jahre Studium hindergeslagen habe.

# Unverschämte Verleumdungen

## Schwarze Zurückweisung neuer Methoden

Unter der Überschrift „Politische Gangstermethoden“ schreibt die Nationalsozialistische Parteizeitung:

„Ich vor kurzem haben wir uns genötigt, mit deutlichen Worten Pressemedien entgegenzutreten, die „noch vor dem Besuch des Lordpräsidenten Halifax“ verhältnismäßig zu verästeln. Man hätte annehmen können, daß diese überaus verstandene Klar-Antwort auf die Befürchtung der internationalen Beobachter, die „unvergessene Methoden“ genügt hätte, um den verantwortungslosen Elementen in der ausländischen Presse die Kluft zu nehmen, ihre ebenso lächerlichen wie gefährlichen Machenschaften fortzuführen.“

Diese Hoffnung war trügerisch! Nach dem Besuch des Lordpräsidenten Halifax wurde die Wogenruhe eines Teiles der ausländischen Presse schlimmer denn je vorher. Angebliche „Forderungen“, „Wünsche“ und Behauptungen des Führers sind noch wie vor in den Spalten dieser Blätter Themen des Tages.

„So liefern uns neuerdings der „Manchester Guardian“ ein Musterstück läugnender Berichterstattung. Der diplomatische Korrespondent dieses Blattes berichtet, daß deutscherseits in den Besprechungen mit Lord Halifax „Forderungen“ gestellt worden seien, die sich in folgenden Punkten zusammenfassen ließen:

1. Deutschland sei bereit, dem Widerstand unter einer Art von Bedingungen, die sich aus bestimmte Punkte des Vertrages und die Anerkennung des italienischen Überholtes über Abesinien beziehen, wieder beizutreten.

2. England werde von Deutschland aufgefordert, einer Organisation des tschechischen Staates nach dem Muster des Schweizer Bundesystems zuzustimmen, wobei das Sudetenland den Charakter eines Schweizer Kantons erhalten sollte.

3. England werde aufgefordert, sich zu verpflichten, der österreichischen Regierung kleiner diplomatischen, politischen oder militärischen Beistand zu geben.

4. Deutschland verpflichte sich, die Kolonialfrage für eine Periode von sechs Jahren nicht aufzugreifen und verspreche, später keinerlei Flotten- oder Militärbauten in seinen früheren Kolonien einzurichten.

5. Deutschland verpflichte sich, den Frieden in Spanien wiederherzustellen, sobald die britische Regierung die Regierung in Salamanca als juro anerkannt habe usw.

Wir wissen nicht, aus welcher trüben Quelle diese „Informationen“ stammen, aber wir wissen, daß sie von Anfang bis Ende lügenhafte Erfindungen sind!

Der englische Ministerpräsident Chamberlain sah sich veranlaßt, auf diesbezügliche Anfragen im Unterhaus alle diese Spekulationen nicht nur als unverantwortlich, sondern auch als höchst unrichtig zu bezeichnen. Wir möchten sie als freche und unverschämte politische Verleumdungen und ihre Verbreiter als internationale Brünnengäste brandmarken. Mit solchen publizistischen Gangstermethoden kann man nicht nationalsozialistischen Deutschland nicht mehr kommen!

Wie oft sollen wir es sagen: Es ist bei uns nicht üblich, dem Minister eines befreundeten Landes, der nach Deutschland kommt zwecks „Förderung des Wunsches zur Schaffung eines engeren gegenseitigen Vertrahens“ Forderungen zu stellen und ihm die Pistole auf die Brust zu setzen! Alle Kombinationen in dieser Richtung tragen als schon von vornherein den Stempel der Lüge auf der Stirn!

Wenn der diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian“ dann seinem läugnerischen Elaborat die Krone aufsetzt indem er seine Regierung auffordert, die uns so dreist untergeschobenen „Vorschläge“, die das „größere Deutschland im Embryo“ enthielten, als unannehmbar zurückzuweisen, weil ihre Annahme eine „Kriege der englisch-französischen Beziehungen“ bedeuten und außerdem die „englisch-amerikanischen Beziehungen stören“ würden usw., dann wissen wir, was man mit diesen fortgesetzten infamen Unterstellungen Deutschland gegenüber beweisen möchte.

Wir werden auch in Zukunft diesen politischen Gangstermethoden mit der gebührenden Deutlichkeit entgegentreten und den publizistischen Strauchrittern die Maske vom Gesicht reißen. Denn wir sind mehr denn je überzeugt, daß, solange diesen internationalen Brünnengästen, die jede Fühlungsnahme zu lügenhafter Heile benötigen, nicht das Handwerk gelegt ist, alle politischen Besuche und Besprechungen zweitlos sind und nur zu einer Verwirrung der internationalen Lage beitragen können.

## Chamberlain über den Halifax-Besuch

„Wertvoll für Förderung des gegenseitigen Vertrahens.“

Der englische Ministerpräsident Chamberlain gab im Unterhaus die mit großer Spannung erwartete Erklärung über den Halifax-Besuch in Deutschland ab. Ein-

leitend erklärte der Ministerpräsident, daß der Halifax-Besuch in Deutschland, wie der Schatzkanzler Simon im Unterhaus am 12. November berichtet mitgeteilt habe, völlig privat und informell gewesen sei. Wie das Haus aber wisse, sei vereinbart gewesen, daß Halifax den Führer sehen sollte. Bereicherungsmaßnahmen habe dieser Besuch dann am 19. November in Berchtesgaden stattgefunden, wobei Halifax vom Reichsinnenminister Reichsbeirat von Neurath begleitet gewesen sei. Wabrend seines Besuches habe Halifax auch Gelegenheit gehabt, Generalsekretär Göring, Dr. Goebbels und andere prominenten Persönlichkeiten in Deutschland zu treffen. Diese Unterhaltungen seien vertraulicher Charakters gewesen, und das Haus werde, dessen sei er sicher, führt Chamberlain fort, nicht erwarten, daß er in diesem Stadium eine weitere Erklärung über sie abgeben werde.

„Ich bin jedoch zufrieden, daß der Besuch wertvoll im Hinblick auf die Förderung des Wunsches zur Schaffung eines engeren gegenseitigen Vertrahens gewesen ist, ein Wunsch, von dem ich glaube, daß er ganz allgemein in beiden Ländern empfunden wird.“

Der konservative Abgeordnete Horsbrugh fragte darauf den Ministerpräsidenten, ob er die Vermutungen kenne, die über diese Unterhaltungen in der englischen Presse erschienen seien. Chamberlain erwähnte daran, er wolle klarmachen, daß diese Spekulationen nicht nur unverantwortlich, sondern auch höchst unrichtig gewesen seien. Auf eine weitere Anfrage erklärte Chamberlain, daß die französische Regierung natürlich nicht über das Ergebnis der Besprechungen informiert worden sei.

Im Anschluß teilte Chamberlain aus Anfrage des Oppositionsleiters Atlee offiziell mit, daß der französische Ministerpräsident und der Außenminister eine Einladung nach London zum Zwecke eines Meinungsaustausches über die internationale Lage für den 29. und 30. November angenommen hätten.

Auf die Frage des linksradikalen Abgeordneten Malibone, ob die englische Regierung es nicht für ratsam halte, freundschaftliche Ministerbesuche mit Prag und Moskau auszutauschen (h), erwiderte Chamberlain: „Nein“.

Der Außenminister habe kürzlich Gelegenheit gehabt, den tschechoslowakischen Außenminister in Genf und Litauinen-Finkelstein in Brüssel zu sprechen und mit ihnen Ansichten auszutauschen.

Gleichzeitig mit der Erklärung Chamberlains im Unterhaus gab Lord Halifax im Oberhaus eine Erklärung über seinen Besuch in Deutschland ab. Halifax, dessen Erklärung sich wörtlich mit der des Premierministers deckt, wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt.

## Ein Jahr Antikomintern-Bertrag

Rundfunkfeierstunde der deutschen und japanischen Sender.

Aus Anlaß des Jahrestages der Unterzeichnung des deutsch-japanischen Antikominternabkommen bringen alle deutschen und alle japanischen Sender am Donnerstag, 25. November, von 12.30 bis 13 Uhr eine Sendung, in deren Verlauf Reichsminister Dr. Goebbels und der japanische Reichsminister Nagai sprechen.

Am heutigen 25. November jährt sich der Tag, an dem zwischen Deutschland und Japan der erste Antikomintern-Bertrag geschlossen wurde. Den beiden Vertragspartnern ist nun Italien als dritter gefolgt, und der Führer hat kürzlich in sehr prägnanter Weise auf das weltpolitische Dreieck hingewiesen, das jetzt entstanden ist. Antikomintern dieses Jahrestages darf noch einmal darauf verwiesen werden, wie sehr sich dieser Antikomintern-Bertrag als bedeutungsvolles Friedensinstrument bewährt hat. Er bildet eine defensive Abwehrmauer gegen die kommunistische Unwürdigkeit in aller Welt, und es ist vor allem verkehrt, wenn diesem Antikomintern-Bertrag irgendwelche aggressiven Absichten unterstellt werden. Wie falsch das ist, zeigt schon die Tatsache, daß die Vertragsteilnahme allen Staaten offensteht, die es wünschen, an diesem Vertrag teilzunehmen. Als ein erfreuliches Zeichen der Art dieses Vertrages ist es aber zu hoffen, daß gerade in letzter Zeit die Erkenntnis über das, was in Sowjetrußland vor sich gegangen ist, deutlicher geworden sind. Daß diese Erkenntnis vor allem englische Erkenntnisse sind, soll besonders festgestellt werden; denn leider hat man bisher gerade gegenüber allem, was aus Sowjetrußland herüberklang, eine bemerkenswerte Toleranz gezeigt gegenüber der Intoleranz, die die englische Presse des Dritten Reichs bekleidet hat. Schon allein das Bestehen dieses Vertrages hat sich entspannend ausgewirkt und wird das, wie wir hoffen, auch in Zukunft tun.

## Keine territorialen Ansprüche

Eine bedeutsame japanische Feststellung.

Vor Vertretern der ausländischen Presse äußerte sich der bekannte japanische General Ugaki, Mitglied des Beraterstabes der Regierung, dahin, daß die japanische Regierung unter Fortführung der bisherigen politischen Richtlinien kleiner territorialer Ansprüche an China stelle. Japan sei, falls China zur Selbstbestimmung komme, zu Verhandlungen bereit.

Wenn die Manlinscher Zentralregierung gestürzt werden sollte, werde Japan Verhandlungen mit der Zentralregierung mit Japan eingehen, um gemeinsam mit Japan Verhandlungen mit der Zentralregierung durchzuführen. Von dem Grundtag ausgehend, daß China den Chinesen gehöre, werde Japan dem chinesischen Volk die Unabhängigkeit über seine zukünftige Regierung einräumen, obwohl autonomes Nordchina oder nationalgelehrtes China überlassen. Japan wünsche direkte Verhandlungen ohne Einflussnahme Dritter, die den Verlauf der Verhandlungen nicht stören würden.

Auf die Frage, weshalb Japan seinen Krieg erklärte, antwortete Ugaki, daß die militärischen Aktionen aus gegen die japanesischen und kommunistischen Elemente, aber nicht gegen das gesamte chinesische Volk gerichtet waren. Daher sei eine Kriegserklärung unnötig, um dadurch gewisse internationale Schwierigkeiten hervorzuheben, die man verhindern können.

Über die Einstellung Japans gegenüber England befragt, erklärte Ugaki, daß die antikommunistische Bewegung aus gewissen Kreisen, nicht aber von dem gesamten japanischen Volk getragen werde. Die schrofe Kritik, die gegen England sei auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß einige Großmächte China moralisch und militärisch unterstützen, wodurch der Kriegsabschluß hinausgezögert werde. Japan sei bereit, falls Manlins die weiße Fahne aufstehe, in Kampf bis China die weiße Fahne einzuführen.

## Deutsches Flugzeug am Kong

Elisabethhalle, 24. November. Von Kapitän Lommel kommt hier die dreimotorige Ju 52 der Fliegerstaffel „Weltkugel“ auf dem Flughafen zu Berchtesgaden. Auf dem Flughafen haben sich Befreiter aller Behörden zur Begehung der deutschen Freiheitfeierlichkeit und ihres belgischen Gastes, General Weygand, eingefunden. Am Anwesenheit des Generalgouverneurs beim Provinzialpräsidenten fand ein Empfang statt. Gleichzeitig mit dem Flugzeug erregt hier überall die plannähige Durchflutung des Rundfunkes.

**Die Ortsgruppe Spangenberg der NSDAP**  
zeigt durch die Gauhauptstelle Kurhessen  
am Sonnabend, den 27. November, um 17 Uhr  
und um 20.30 Uhr im Sühr'schen Saale:

## „Weiße Sflaben“

(Panzerkreuzer Seestadt)

Nach einem Tatsachenbericht von Charlie Roellingshoff  
Eintritt 50 Pfg., für Parteigenossen, Angehörige von  
Formationen und Parteigliederungen 40 Pfg.

## Für Adventskränze

empfiehlt reichhaltige Auswahl in Material und Zubehör  
Auf Bestellung werden auch Kränze angefertigt

Gärtnerei Werkmeister



Läuse und Flöhe

bei Groß- und Kleinvieh, auch bei  
Gräflägen und Hunden, löst radikal  
„Viehwohl“. Trocken anzuwen-  
den, daher keine Erkrankungen. Er-  
folg garantiert.

Liebenbach-Drogerie

Spangenberg, Am Liebenbachbrunnen  
Fernruf 216

Die Buchdruckerei

Hugo Munzer

empfiehlt sich zur

Herstellung von

Drucksachen

ieglicher Art für

Behörden und

private

Freitag abend 8 Uhr spricht im „Schützenhaus“

## Reichsredner Pg. Koch

Volksgenossen zeigt, daß wir in alter Treue hinter dem Führer stehen. Erscheinen in Massen zu dieser Kundgebung. — Für Parteigenossen und Partei-Anhänger ist das Erscheinen Pflicht.

Saalöffnung 7 Uhr

Zur Deckung der Kosten 10 Pfg. Eintritt

Ortsgruppe Spangenberg

der NSDAP

Der Ortsgruppenleiter

